



Vertheilung: Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr., 15 Sgr. Einzelhefte 1 Sgr. 1/2.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 350 Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 30. Juli 1867.

Deutschland.

Berlin, 29. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat der Wahl des Directors am Gymnasium in Celle, Dr. Gehring zum Director des Gymnasiums in Hameln, die allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Die Ziehung der 2. Klasse 136. 16. jähriger Klassen-Lotterie wird am 6. August d. J., Morgens 7 U. r. im Ziehungssaale des Lotterie-Gebäudes ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungslotterie, sowie die F. eilose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotterie-Gesetzes, unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 1. Klasse, bis zum 2. August d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Andrechts einzulösen.

[Militär-Wochenblatt.] v. Borries, Oberst und Chef des Generalstabes I. Armee-Corps, zum Commr. des 3. Pomm. Inf.-Regts. Nr. 14, Stein v. Kaminski, Oberst und Commr. des 2. Oberstl. Inf.-Regts. Nr. 23, unter Verlegung in den Generalstab zum Chef des Generalstabes I. Armee-Corps ernannt. Gander, Oberst, aggr. dem Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 35, zur Führung des 2. Oberstl. Inf.-Regts. Nr. 23 commandirt. v. Wittich, Oberst und Chef des Generalstabes V. Armee-Corps, unter Stellung à la suite des Generalstabes der Armee zum Commr. der 5. Inf.-Brig. ernannt. v. Kraap, Major, Oberst und Chef des Generalstabes des VII. Armee-Corps, mit der Uniform des Generalstabes vorläufig zu den Offizieren von der Armee versetzt. v. Herberg, Ob.-Lt. vom Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 36, unter Verlegung in den Generalstab zum Chef des Generalstabes VII. Armee-Corps ernannt. v. M. Pfeil, Ob.-Lt. vom großen Generalstabe, in das Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 36 versetzt. v. Krenski, Ob.-Lt. vom Generalstabe des IV. Armee-Corps und commandirt zur Dienstl. bei dem Gen.-Commando des V. Armee-Corps, unter Verlegung zum Generalstabe des V. Armee-Corps, mit der Führung der Geschäfte als Chef des Generalstabes dieses Armee-Corps beauftragt. Anthony Hauptm., aggr. dem 1. Niederstl. Inf.-Regt. Nr. 46, als Comp.-Chef in das Regt. einrangirt. v. Lohberg, Pr.-Lt. im 1. Niederstl. Inf.-Regt. Nr. 46, zum Hauptm. und Comp.-Chef befördert. Willemer, Pr.-Lt., aggr. dem 1. Niederstl. Inf.-Regt. Nr. 46, in das Regiment einrangirt. Frhr. v. Langemann und Gienkum, Major vom 2. Schles. Gren.-Regim. Nr. 11, in das 4. Niederstl. Inf.-Regt. Nr. 51, v. Ostrowski, Major vom 4. Niederstl. Inf.-Regt. Nr. 51, in das 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11 versetzt. des Barres, Major und Commandeur des Cadettenhauses zu Vörsberg und commandirt zur Dienstl. bei dem Commando des Cadetten-Corps, zum Cadettenhause in Berlin, unter Ernennung zum Commandeur dess., versetzt. Bar. Haller v. Hallstein, Oberst von der Armee, beauftragt mit Wahrnehmung des Commandos des Cadettenhauses zu Vörsberg, unter Einrangirung in das Cadetten-Corps, zum Commr. des Cadettenhauses in Vörsberg ernannt. Brighow, Pr.-Lt. à la suite des Schles. Festungs-Art.-Regts. Nr. 6 und von der Feuerw.-Abth., in die 1. Art.-Bata. versetzt. Otto, Pr.-Lt. und von der Art.-Bata. versetzt. Wobslau Nr. 38 und Vorstand der von der Art. 2. Aufg. des Pando.-Bats. Wobslau Nr. 9, der Char. als Hauptmann Handwerksstätte des Feld-Artill.-Regts. Nr. 9, der Char. als Hauptmann versetzt. Käsemacher, Sec.-Lt. von der Art. 2. Aufg. 1. Bata. (Gleiwitz) 1. Oberstl. Regt. Nr. 22, unter Zurückversetzung in das 1. Aufg. zum Pr.-Lt. befördert. Frhr. v. Gans Coler zu Wulst, Oberst und Brigadier der 3. Gen.-Arm.-Brig., mit Penz. zur Disp. getheilt. Stodt, Sec.-Lt., bisher in der 7. Art.-Brig., in die Sec.-Art.-Abth. versetzt. v. Nohls, Gr. v. Pfeil, Pr. zur See, von dem Commando als Inspect.-Off. bei der Marine-Schule entbunden. Hollmann, Kupfer, Pr. zur See, Harns, Sec.-Lt. vom Sec.-Bata., als Inspect.-Off. bei der Marine-Schule commandirt. Winterberg, Sec.-Lt. von der Sec.-Art.-Abth., behufs seines Admitts zur Artillerie der Landarmee ausgeschieden.

[Die französische Depesche.] Wie die „B. B.-Ztg.“ berichtet, hat der hiesige Geschäftsträger die französische Depesche dem Unterstaatssecretär Hr. Thiele zuerst sagweise vorgelesen und erst am Dinstag in Abschrift überreicht, während dieser Zeit aber Mitgliedern der französischen Gesandtschaft Mittheilungen gemacht, durch welche die Depesche bekannt wurde. Dies Verfahren erregt mit Recht großen Anstoß, und man erwartet, daß Graf Fierstein daselbst rügen, sowie daß er die französische Einmischung energisch zurückweisen wird.

Die Widersprüche, welche sich in Bezug auf die sogenannte „französische Note“ erhoben haben, lösen sich der „N. Pr. Ztg.“ zufolge dadurch, daß es sich nicht um eine „Note“, sondern um eine „Depesche“ handelt. Indem sie nämlich die bekannten Bemerkungen des „Moniteur“ anführt, sagt sie: „Diese Bemerkung des „Moniteurs“ kann auf unsere Mittheilung in Nr. 173 keinen Bezug haben, da wir nicht von einer „Note“, sondern von einer „Depesche“ gesprochen haben.“

Die „N.-Z.“ äußert sich in gleicher Weise. Nachdem sie auf die vom „Gamb. Corr.“ in Bezug auf die Depesche gemachten Angaben hingewiesen hat, sagt sie: „So positiven Angaben gegenüber kann man unmöglich etwas Anderes annehmen, als daß der ganze Schwerpunkt der Berichtigung des „Moniteur“ darin zu suchen ist, daß es sich nicht um eine Note handelt, eine Form des diplomatischen Verkehrs, in welcher bekanntlich direct von Regierung zu Regierung gesprochen wird, sondern um eine Depesche, d. h. um eine Zuschrift an den Gesandten, in welcher derselbe angewiesen wird, die vorgetragenen Betrachtungen zur Kenntniss der Regierung zu bringen, bei welcher er beglaubigt ist. Bei dem Aufheben, welches die Angelegenheit macht, wird wohl eine nähere Feststellung dieser Silbenscheerei nicht ausbleiben.“

[Die Erklärung des „Abendmoniteurs“] lautet wörtlich folgendermaßen:

„Eine große Zahl von deutschen Blättern versichert, daß dem Berliner Cabinet von dem französischen Geschäftsträger eine Note überreicht worden ist, welche auf die schleswigische Frage Bezug hat. Diese Behauptungen einer materiell falschen Thatsache haben leider zur Wirkung, wenn nicht zum Ziel, im Publikum den irrthümlichen Nachrichten über die Natur der zwischen den beiden Regierungen obwaltenden Beziehungen Glauben zu verschaffen. Es ist dem Berliner Cabinet keine Note, sei es über die schleswigische Angelegenheit, sei es über irgend eine andere Frage, überreicht noch vorgelesen (ou remis, ni lu) worden.“

* Die „Zeidl. Correip.“ sagt: „Das Dementi des französischen „Moniteur“, daß eine auf die nord-schleswigische Frage bezügliche französische Note hier nicht übergeben sei, hat allerdings, wie wir hören, insofern keine Richtigkeit, als die betreffende Depesche nur vorgelesen worden ist. In der Sache selbst ändert dies natürlich nichts, doch hoffen wir, daß jene französische Depesche auch in der Behandlung der nord-schleswigischen Frage seitens der preussischen Regierung nichts ändern wird. Es war schon auffallend und verlegend genug, daß man von französischer Seite sich herausnehmen zu dürfen glaubte, sich in die Reconstruction des Zollvereins einzumischen und den Versuch zu machen, die süddeutschen Regierungen durch Mahnungen, ja selbst durch Drohungen von dem Eintritt in das Zoll-Parlament abzuhalten. Inzwischen war alles dies noch nicht direct an unsere Adresse gerichtet. Jetzt, wo man sich direct an uns adressiert, wird es hoffentlich auf preussischer Seite an einer ganz verständlichen Antwort nicht fehlen. Wir haben nicht das Bedürfnis zu Feindseligkeiten, aber wir haben noch weniger das Bedürfnis, denselben ängstlich aus dem Wege zu gehen. Was man sucht, das wird man finden!“

[Ueber die Stellung Preußens zu Belgien etc.] gehen der „Köln. Ztg.“ von hier folgende Mittheilungen zu: Brüsseler Briefe berichten, daß in dortigen orleanistischen Kreisen — natürlich nur Affirmationen der entsprechenden Artikel in Paris — das Gerücht mit großer Bestimmtheit auftritt und sich erhält, der König Wilhelm von Preußen habe von seinem Besuche in Paris die Ueberzeugung heimgebracht,

daß ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen eine unvermeidliche Nothwendigkeit geworden sei. Er habe diese seine Ansicht auf der Durchreise durch die belgische Hauptstadt dem Könige Leopold II. nicht nur nicht verhehlt, sondern denselben noch ganz besonders auf die geographische Lage des Königreichs aufmerksam gemacht, die es nothwendig erscheinen lasse, daß Belgien sich über gewisse militärische Vorkehrungen, Organisationen etc. alsbald mit Preußen verständige. Diese ganze Kette von Angaben beruht auf einer kaum verkennbaren Mischung von Lüge und Wahrheit. Zunächst ist authentisch, daß die Eindrücke, die König Wilhelm seiner Zeit von der Pariser Reise mit zurückgebracht, den oben angegebenen gerade entgegengesetzt waren; ja, daß der persönliche Verkehr mit dem Kaiser Napoleon und seiner Umgebung den König von Preußen nur durchaus in der friedlichen Gesinnung zu bestärken vermocht hat, die ihn besetzte, ehe er sich zu jenem Besuche anschickte. Ferner aber darf der Inhalt der Unterredung Wilhelm's I. mit Leopold II. in Brüssel um so mehr als ein Erzeugniß üppiger Phantasie orleanistischer Staatsmänner außer Dienst angesehen werden, als der angeblich darin beantragte Zween-Austausch über militärische Organisation, resp. eine Verständigung über vertheidigungsweise Vorkehrungen etc. einen Gegenstand betrafen hat, welcher schon seit geraumer Zeit als eine vollbrachte Thatsache anzusehen ist. Freilich ist nicht zu übersehen, daß dieser Zween-Austausch und diese Verständigungen, ohne sich jemals bis zu einer Convention erweitert zu haben, noch oder schon aus der Phase der luxemburger Frage her datiren, in der ein feindlicher Zusammenstoß Preußens mit Frankreich als eine sehr nahe Möglichkeit galt. Heute aber kann über Angelegenheiten der angeordneten Natur weder in Brüssel noch in Berlin ein Zweifel oder eine Illusion mehr obwalten. Aus Paris erfährt man übrigens, daß die dortigen Regierungskreise sich mit der Idee eines ganz geeinigten Deutschland immer mehr und mehr vertraut machen, wenn es auch schwer genug sein mag, alle die eifersüchtigen Regungen stets gleichmäßig niederzuhalten, die sich Luft machen wollen, sobald ein neuer Schritt auf der einmal eingeschlagenen Bahn der Einheitsbestrebungen kundbar wird. Es ist daher anzunehmen, daß auch das badische Memorandum, welches in gewissen Staatskanzleien abhändlich circulirt und das einen Vorschlag wieder aufnimmt, den der junge Herzog von Meiningen schon im Herbst vorigen Jahres gemacht, auch jenseit des Rheines mit jenem Verständnisse aufgenommen werde, das gerade der kaiserlichen Regierung bisher bei Beurtheilung deutscher Fragen nachgerühmt werden konnte. Es handelt sich um die Schöpfung einer deutschen Palastkammer, die, an der Seite des Volksparlamentes tagend, u. A. alle bisherigen souverainen Fürsten zu seinen Mitgliedern zählen sollte. De Selbstverleugnung, welche ein solches Unternehmen von den Fürsten verlangt, wird in dem badischen Schriftstück in keiner Weise verkannt, doch verschweigt die Regierung des Großherzogs durchaus nicht, daß letzterer selbst gern bereit sei, als erster ein preussisches Opfer zu bringen und für die Einigung des gemeinsamen Vaterlandes auf Rechte zu verzichten, die sich doch nur zum Nachtheile des engeren wie des weiteren Vaterlandes noch aufrecht erhalten ließen. Ueber die Aufnahme dieses Vorschlages bei den beteiligten Persönlichkeiten verlaute zur Stunde noch nicht das Mindeste.

* [Ueber unser Verhältnis zu Oesterreich] äußert sich die „Zeidl. Corr.“: „Wie wir mit Befriedigung hören, darf unser Verhältnis zu Oesterreich noch immer als ein durchaus günstiges betrachtet werden. Das Wiener Cabinet scheint seine große Politik durch die Erkenntnis befruchtigen zu lassen, daß eine Verbindung mit Frankreich gegen Deutschland eine verhängnisvolle und verderbliche für Oesterreich selbst sein würde.“

* [Die aus Hannover berufenen Vertrauensmänner] sind heute Mittag 12 Uhr im Ministerium des Innern zusammengetreten und werden sofort mit morgen ihre Beratungen unter dem Vorstehe des Hrn. Ministers des Innern beginnen. Die Dauer dieser Beratungen wird auf etwa 10—14 Tage angenommen und dürfte die Organisation der Verwaltung in Hannover den ersten und Hauptgegenstand bilden.

* [Die Flagge des norddeutschen Bundes] ist nunmehr durch Se. Majestät den König definitiv festgestellt und wird die Special-Flagge der einzelnen Bundesstaaten am 30. September d. J. Abends niedergeholt und die Bundesflagge am 1. October Morgens aufgehängt werden.

GmS, 28. Juli. [Se. Majestät der König] empfing gestern Vormittags den General-Adjutanten, General-Major von Tredow, und nach Aufhebung der Tafel den wirklichen Geheimen Legations-Rath Abeken zum Vortrage. Zum Diner waren mit einer Einladung beehrt der Regierungs-Präsident Kahlwetter und der erste Brunnen- und Bade-Art Medicinal-Rath Dr. Orth. Heute Vormittag wohnte Se. Majestät der König dem Gottesdienste bei und hörte darauf im Curhause den Gesang-Vortrag des Kölner Männer-Gesang-Vereins unter Leitung des königlichen Musik-Directors Franz Weber. (St.-A.)

Hamburg, 27. Juli. [Militär-Convention.] Soeben ist der Text der zwischen unserem Senate (Bevollmächtigter Senator Dr. Müller) und der preussischen Regierung (Bevollmächtigter Oberstleutnant v. Hartmann, Abtheilungs-Chef im Kriegsministerium) vereinbarten Militär-Convention, sowie des Schlussprotocolls bekannt geworden.

Preußen übernimmt (§ 1) gegen Stellung der wehrpflichtigen Hamburger Bevölkerung und Zahlung des Bauhalvetrages von 225 Thlrn. für jeden Kopf der auf 1 pCt. der Bevölkerung normirten Friedensstärke die Hamburg obliegenden militärischen Leistungen. Die preussische Regierung verlegt zwei Bataillone nach Hamburg (§ 2), die hier ihre Friedensgarnison erhalten (§ 3); in diese Bataillone werden, wie in die in Altona garnisonirenden, die zur Infanterie tauglichen dienstpflichtigen Hamburger grundsätzlich eingereiht; in wenigen Jahren wird die Hamburger Garnison bloß aus Hamburgern bestehen. In § 15 wird für die hier stationirten Bataillone, sowie für die in Altona und Wandsbeck stehende Cavallerie die Vorschrift, daß die Zahl der einzustellenden einjährigen Freiwilligen 4 bei jeder Compagnie nicht übersteigen dürfe, aufgehoben, so daß junge Hamburger, die als einjährige Freiwillige als Infanteristen oder Cavalleristen eintreten wollen, ihren Dienst in Hamburg oder dessen unmittelbarer Nähe ableisten können. § 15 bestimmt, daß einjährige Freiwillige, die ihrer Militärpflicht genügt, wenn sie zur Ausübung ihres Berufes sich in außereuropäische Länder begeben, einen Auslands-Urlaubspass auf zwei Jahre erhalten, sie bleiben frei von der Einberufung zu Übungen u. s. w., sowie bei eintretender Mobilmachung, wenn sie durch Consular-Akte darthun, daß sie in außereuropäischen Ländern (mit Ausnahme der Küstenländer des schwarzen und mittelasiatischen Meeres) eine feste Stellung einnehmen; jedoch erhalten sie einen weiteren Auslandspass mit derselben Wirkung wie oben auf 5 Jahre. § 17: Bei Nachweis der wissenschaftlichen Qualifikation der zum einjährig freiwilligen Dienst Gemeldeten sollen die höheren Hamburger Lehranstalten den preussischen gleichgeachtet werden, sobald sie bei näherer Feststellung darthun, daß sie mit den entsprechenden preussischen auf einer wissenschaftlichen Stufe stehen. § 18: In Anwendung der Gründe der Zurückstellung, bezüglich der Befreiung vom

Militärdienst, wird der Inhaber eines Hamburger Handlungshauses den Vorstehern von gewerblichen Etablissements gleichgestellt. § 19. Den Hamburger Seefahrern und der seemannischen Bevölkerung Hamburgs kommen die dem preussischen Berufsangehörigen auf Grund des Dienstes auf einem Schiffe der deutschen Handelsflotte zuständigen Vorränge und Befreiungen gleichmäßig zu Gute. § 20 bestimmt: Die Bundesvorschriften über Ausübung u. f. w., Ausschluss der Stellortsetzung, haben keine rückwirkende Kraft und keine Anwendung auf diejenigen Hamburger Wehrpflichtigen, die dem Jahrgang 1845 oder früheren angehören. Bei Zweifeln entscheidet der Senat. Auf die bisher nicht eingestellten, aber Pflichten früherer Jahre soll nicht zurückgegriffen werden und sie freischöne erhalten. Die Kaiserin u. f. w., militärische Localitäten geben zur Benutzung an Preußen über bis zum Bau einer neuen Kaserne, wozu Hamburg 300,000 Thaler beiträgt. — Den Hoheitsrechten Hamburgs wie seiner Selbstständigkeit wird durch die Convention in keiner Weise präjudicirt. Dem Senate bleiben alle Ehrenrechte und die freie Verfügung in Betreff Verwendung der im Hamburger Staate dislocirten Bundesstruppen zum inneren Dienste vorbehalten. (Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Aufstellung ständischer oder periodischer Wachen u. s. w.) Der Senat ernannt einen Hamburger Stadtverordneten, dessen Stellung zur Garnison noch zu regeln ist. Die Hamburger Hoheitsrechte werden in Wappen, Farben u. f. w. an den Bundesmilitär benutzten Localitäten beibehalten. Das Einschreiten des Militärs zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist in der Regel durch die vorgängige Aquisition seitens der zuständigen Civilbehörde bedingt. Die Fälle und Formen, in denen das Militär gegen Civilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, werden durch eine unter Berücksichtigung des bez. preuss. Reglements vom Senate zu erlassende Ordnung geregelt. Fernere Bestimmungen betreffen: Uebergehen des vorhandenen Fleischnachschusses u. f. w. Materials an Preußen, auf den Uebertritt Hamburger Offiziere in preussische Dienste, Pensionierung, zur Dispositionstellung, Verhältnisse der Unteroffiziere, Spielzeuge u. f. w.

Die Convention tritt am 1. October d. J. in Kraft. — Der Senat bezieht seinen Antrag, betr. diese Convention, um deren Mitgenehmigung die Bürgerschaft ersucht wird (die betreffende Sitzung findet am 31. Juli statt), als einen dringlichen. Es soll über den Ausgang dieser Sitzung sofort nach deren Schluss Bericht erstattet werden; man hält En bloc-Annahme für sicher.

Oesterreich.

„Aus Nordösterreich, 27. Juli. [Die Forderungen der ungarischen Opposition. — Ein geheimes Ueberwachungs-Comite in Galizien. — Militärisches.] Während in Böhmen, Mähren, Galizien sowie in den südöstlichen Provinzen die Thätigkeit wirklicher oder vermeintlicher russischer Emissäre der Regierung vollauf zu schaffen giebt, mehren sich auch in dem „pacifischen“ Ungarn die Sturmeszeichen. Sie werden bereits erfahren haben, daß die separatistisch gekannte Botschaftspartei Ungarns auf dem Punkte steht, mit der Errichtung von 70 Honved-Bataillonen — also einer förmlichen National-Armee — durchzudringen, die bekanntlich schon in den Jahren 1848/49, hätte nicht Rußland intervenirt, mit dem Staate Oesterreich tabula rasa gemacht haben würde. Sie können leicht sich vorstellen, welchen Eindruck diese Nachricht auf die österreichische Armee geübt, welche nun gegen das gewöhnlichste militärische Verständnis gleichfalls dem Dualismus geopfert werden und vollständig aus Rand und Band gerathen soll. Interessant ist auch, sich die Leute näher zu betrachten, welche an der Honvedorganisation theilnehmen. Da ist z. B. Hr. Selics, welcher als Ex-Lieutenant in österreichischen Diensten an der ungarischen Revolution sich theilgeigt und dafür in contumaciam zum Tode durch den Strick verurtheilt ward. Er lebte bisher im Auslande, wo er seiner Zeit als Emissär Rossini's, Kapla's und Mazzini's fungirte und während des Krimkrieges auch in die britisch-deutsche Legion trat, deren übrige Offiziere von den militärischen Kenntnissen oder der Bravour Selics' wenig zu erzählen wissen. Auch ist letzterer gar nicht Ungar, sondern, wie schon sein Name andeutet — Croat! Auch Vetter, der im Jahre 1849 die Südarmerie der ungarischen Insurrection befehligte, ist in Pest und übt auf das Honvedwesen Einfluß aus. — In der Presse hat das Ministerium Andrassy und das mit ihm verbündete Magnatenhum gleichfalls eine evidente Niederlage erlitten, ja selbst über den noch kürzlich vergötterten Esde fällt die an Stärke und Macht zunehmende Opposition stets heftiger her. Die Zahl der gegen das Ministerium agitirenden Journale ist im Lande Legion, ja mit den officiellen Blättern ist es soweit gekommen, daß sie in mehreren Pest-Cafés und andern öffentlichen Orten seitens der Gäste mittels Acclamation abgescannt wurden. „Ungarn muß Alles durchgehen, was die Nation in den Jahren 1848/49 beschloß“ — so schallt es durch die gesammte Oppositionspresse. Daß man damit die völlige Unabhängigkeit von Oesterreich meint, ist dem beschränkten politischen Verstande begreiflich, aber leider nicht unsern Regierungsleuten in Wien. — Um nochmals auf die immer auffälliger hervortretenden russischen Sympathien Galiziens zurückzukommen, bemerke ich, daß die Statthalterei in Lemberg die regierungstreuen ruthenischen Landgeistlichen — zumal die an der russischen Grenze — zu einer Art Ueberwachungs-Comite vereinigt und dieses angewiesen, über alle im Sinne Rußlands bemerkbaren Umtriebe sofort im confidentiellen Wege nach Lemberg Bericht zu erstatten. Es ist selbstverständlich, daß diese Nähe nicht aus purem österreichischen Patriotismus, d. h. umsonst, gefordert, sondern aus den geheimen Fonds bezahlt wird. — Die Wiener Journale gestehen jetzt selbst, die jüngste Anwesenheit des Feldmarschalls Erzherzog Albrecht in Krakau habe nicht einer Untersuchung bezüglich der Folgen der jüngsten Ueberschweemung, sondern einer militärischen Inspection der Werke Krakau's gegolten. — Seit einigen Tagen macht in Galizien sich eine auffällige Bewegung unter der Artillerie und den Traintruppen bemerkbar.

Stalien.

Florenz, 24. Juli. [Die Werbungen. — Die Affaire Dumont. — Malaret.] Die Berichte, welche die Regierung von den Präfecten, Unterpräfecten und den Localbehörden des Landes bekommt, sind, so schreibt man der „Köln. Z.“, fortwährend optimistisch. Dieselben läugnen entschieden, daß irgendwo Anstalten getroffen oder Werbungen gemacht werden, die auf einen Einfall in's Römische deuten. In Genua, so meldet der dortige Präfect, wären allerdings Werbungen gemacht worden; dieselben geschähen für Rechnung der argentinischen Republik, und die so Angeworbenen wären über den Mont Genis nach Marseille geschickt worden, wo sie sich hätten einschiffen wollen. Um so höheres Blut macht die Affaire von General Dumont. Ich habe Ihnen gemeldet, daß Herr Nigra Auftrag bekommen hätte, von Herrn v. Moustier Erklärungen zu verlangen, und ich glaube zu wissen, daß die Antwort des italienischen Gesandten am französischen Hofe eine durchaus günstige ist. Die französische Regierung erklärt, der General habe keinerlei Sendung gehabt. Man habe ihn bloß beauftragt, sich über die Lage der Legion von Antibes zu erkundigen. Die Unter-

